

FRAGESTUNDE

Beginn: 12.10 Uhr
Ende: 13.15 Uhr

1) Anliegen der Fortführung des Kindergartens Max Mell Kindergarten im geplanten Gemeindewohnbau Max-Mell-Allee

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Polz-Watzenig** stellt an StR.ⁱⁿ **Kahr** folgende Frage:

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Polz-Watzenig**: Ein herzliches Grüß Gott, auch von mir ein ganz besonderes Grüß Gott an die Eltern und Kinder vom Max Mell Kindergarten, deren Anliegen ich heute gleich als erste Frage wieder einmal hier einbringen darf. Was ich schon gefunden habe, wir haben heute alle die Bevölkerungsstatistik ausgeteilt bekommen auf unseren Plätzen und der werden Sie auch entnehmen, dass wir eine wachsende Stadt sind und worüber ich mich sehr freue, ist natürlich auch, dass wir in punkto Kinder eine wachsende Stadt sind und deswegen ist jeder Kindergarten, der geschlossen wird, ein Kindergarten zu viel. Ich werde aber heute nicht, wie die letzten Male, meinen Kollegen Herrn Stadtrat Hohensinner fragen, sondern, nachdem wir die Information bekommen haben, dass der Max-Mell-Kindergarten geschlossen wird, weil dort ein Wohnbauprojekt reinkommen soll, haben wir uns das angeschaut und es ist ja so, dass dort Gemeindewohnungen gebaut werden sollen und es gibt die gute Tradition auch in anderen Städten eben dort, wo Gemeindewohnungen gebaut werden, sich auch um Kinderbetreuung Sorgen zu machen beziehungsweise Kinderbetreuungseinrichtungen vorzusehen und jetzt wäre das ein großes Anliegen für uns, dass man auch dort, nämlich unmittelbar in Nachbarschaft zum SeniorInnenheim mit dem Kneipp-Konzept, mit dem Rosenhain daneben, mit dieser Tradition über viele Jahre dort einen sehr wichtigen Kindergarten zu haben, noch einmal zu versuchen, in

diesem Wohnbauprojekt im Parterre eine Fortführung des Max-Mell-Kindergartens vorzusehen und deswegen darf ich heute dich fragen, liebe Elke, ob du dich dazu einbringen wirst, weil ja die Geschäftsobjekte im Gemeindewohnungsbereich Objekte sind, für die du auch zuständig bist und deshalb die Bitte oder die

F r a g e

an dich: Wirst du dich dafür einsetzen, dass im geplanten Wohngebäude in der Max-Mell-Allee neben Gemeindewohnungen auch ein städtischer Kindergarten wieder einen Platz findet (*Applaus Grüne*)?

StR.ⁱⁿ **Kahr**: Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Astrid, liebe Eltern! Mit einem Teil der Eltern habe ich erst vor kurzem selbst ein Gespräch gehabt, mir ist der Kindergarten auch bestens bekannt und es ist auch eine gute städtische Einrichtung immer gewesen, das brauchen wir gar nicht näher erläutern. Es ist nicht nur in anderen Städten eine gute Tradition, Wohnbau mit einer Kinderbetreuungseinrichtung zu verbinden, sondern diese Tradition hat es auch immer in Graz gegeben. Deshalb ist es aus meiner Sicht auch klar gewesen, das zu prüfen und zu schauen, ob eine Kombination Wohnbau und Kinderbetreuungseinrichtung dort möglich ist. Wobei eines möchte ich korrigieren, es entsteht dort nicht ein Wohnbau, der Kindergarten kommt nicht weg, weil wir dort Gemeindewohnungen bauen, sondern der Entschluss dort, den Kindergarten nicht mehr weiterzuführen, war zuvor und bevor das ein Privater sozusagen erwirbt oder was anderes passiert, haben wir natürlich dort unser Interesse für Gemeindewohnungen angemeldet, das nur zur Vollständigkeit. Die Prüfung hat soweit ergeben und selbstverständlich bin ich da auch mit dem Stadtrat Hohensinner in Verbindung gewesen und da ergeben sich jetzt aus meiner Sicht aber an dieser Stelle zwei Problemfelder. Auf der einen Seite haben Geschäftsräumlichkeiten, die

Verwaltung der Geschäftsräumlichkeiten von Gemeindewohnungen nichts mit einer Kinderbetreuungseinrichtung mit einem Neubau zu tun, das ist ganz was anderes. Die Wohnbaufördermittel für die Errichtung von einem Geschoßwohnbau für Gemeindewohnungen, von diesen Mitteln dürfen nicht herangezogen werden für die Neuerrichtung eines Kindergartens. Das heißt, für die Neuerrichtung von Kinderbetreuungseinrichtungen braucht es eigene Mittel vom Land Steiermark, die meiner Information nach für dieses Jahr ausgeschöpft sind. Es ist eine Information, die ich so erhalten habe. Unabhängig davon, selbst wenn es diese Mittel gäbe und sozusagen diese Kombination dann ja möglich wäre, gibt es dort ein anderes Problem, dass dieses Grundstück sehr klein ist und wie du weißt, ist es ja so, dass pro Kind in einer Kinderbetreuungseinrichtung eine bestimmte Fläche an Grünfläche vorgeschrieben ist. Gleichzeitig ist aber auch per Gesetz ein gewisser Flächenanteil für die BewohnerInnen an Freifläche muss vorgesehen sein und nach den Berechnungen, die wir bisher gemacht haben, ist diese Gesamtfläche für beides dort zu klein. Das ist das Ergebnis und das kann ich dir gerne auch schriftlich zukommen lassen, wenn wir das komplett durchgerechnet haben. Also es wäre toll, wenn es möglich wäre, aber so wie es aussieht, geht diese Kombination dort nicht.

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Polz-Watzenig**: Danke für die Erläuterungen. Du hast gesagt, für heuer sind diese Mittel ausgeschöpft, es ist so, dass der Kindergarten ja erst 2016 geschlossen wird, also wäre doch dringend die Bitte, dann auch zu versuchen, ob man 2016 über diesen Topf diese Mittel anzapfen könnte und in einem weiteren Schritt wäre die Bitte, könntest du dich dafür einsetzen, auch in punkto Grünraum eine Lösung zu finden, also ich glaube, dass es dort möglich ist, einen Kindergarten reinzubringen, nämlich auch mit dem Wissen, dass daneben Grünflächen ausreichend sind, nämlich öffentliche, und meines Wissens es immer wieder im Kindergartengesetz Ausnahmen gibt, wenn diese unmittelbaren Grünflächen die öffentlichen angrenzend sind, dass da Ausnahmen

gemacht werden in dieser Quadratmeterbemessung. Also dem bitte noch einmal nachzugehen und wirklich dich dafür einzusetzen, dass wir dort einen Kindergarten reinbringen (*Applaus Grüne*).

StR.ⁱⁿ **Kahr**: Den zweiten Wunsch, wie gesagt, dem komme ich gerne nach, ist für mich selbst Auftrag, also da hätte es gar nicht die Aufforderung gebraucht, kann ich gerne noch einmal durchrechnen lassen. Wie gesagt, ich will das jetzt nicht behaupten, dass es geht, weil das wäre unseriös gegenüber den Elternteilen. Die erste Frage, die kann ich dir nicht beantworten, weil ich da politisch dafür nicht zuständig bin.

Bgm. Mag. **Nagl**: Vielen Dank. Nachdem ja auch Mütter und Kinder da sind, möchte ich vielleicht ein paar Sätze noch dazusagen. Das Land Steiermark hat uns für die kombinierten Projekte eine Absage erteilt und das wissen wir in der Abteilung und auch der zuständige Stadtrat Kurt Hohensinner. Es ist uns ja was Bemerkenswertes gelungen, worum uns viele Städte beneiden, wir haben nämlich das, was die EU uns vorgegeben hat im Krabbelstubenbereich mit 30 % in der Stadt Graz der 0- bis 3-Jährigen von den Einrichtungen her sogar überschritten, wir sind bei 33 %, ist vielleicht auch für den Gemeinderat eine wichtige Information und was Kindergarteneinrichtungen anbelangt, haben wir in Graz in manchen Bezirken eine Überdeckung. Das heißt, es sind nicht genügend Kinder da und es stehen mehr Plätze zur Verfügung. Im angesprochenen Bezirk sind wir auf 135 % Kindergartenplätze und das möchten wir Ihnen heute, wie gesagt, auch noch mitgeben, das heißt, wir haben auch dafür gesorgt, dass ja auch all jene Kinder, die jetzt dort in der Einrichtung sind, auch dort ihre ganze Kinderbetreuungszeit auch verbringen dürfen. Wie es dann wirklich weitergeht, wird die Zukunft noch zeigen, da sind, wie gesagt, einige

Stadtsenatsmitglieder jetzt gemeinsam gefordert, eine Lösung zu bringen (*Applaus ÖVP*).

2) Zweckentfremdung von Überwachungsvideo

GR. **Pacanda** stellt an StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch** folgende Frage:

GR. **Pacanda**: Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrter Herr Stadtrat! Im Jänner gab es eine wilde Verfolgungsjagd durch die Stadt Graz und bei dieser Verfolgungsjagd ist in der Unterführung Graz Hauptbahnhof dann ein Unfall passiert, das Polizeifahrzeug ist dann in eine Straßenbahn gefahren, die in der Unterführung stand und das Ganze wurde durch eine Videoüberwachungsanlage der Holding Graz Linien aufgezeichnet, diese Überwachungsanlage ist auch bei der DSB gemeldet, dementsprechend für verschiedenste Anwendungsbereiche sozusagen zugelassen. Das Video wurde dann anschließend dem ORF zur Verfügung gestellt und hat natürlich auch den Weg ins Internet gefunden und war, glaube ich, im Internet auch kurzfristig ein kleiner Renner. Das Problem, die Darstellung auf dem Video und die gesamte Berichterstattung stellt halt auch nur einen Teil der Geschehnisse dar, so wie zum Beispiel die Information, dass das Polizeifahrzeug, das nachher in die Straßenbahn hineingefahren ist, zuvor eben die Straßenbahn selbst überholt hat, wird überhaupt nicht dargestellt und macht halt ein komisches Bild.

Und daher die

Frage:

Durch diese zweckentfremdete Veröffentlichung wurde die Grazer Polizei durch ein Unternehmen der Stadt Graz in der Öffentlichkeit negativ dargestellt – wie kann in

Zukunft verhindert werden, dass es nicht zu solchen zweckentfremdeten Veröffentlichungen von Überwachungsvideos kommt, die das Image von Einsatzkräften schädigen?

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Ich habe die Holding gebeten, zu diesem Vorfall Stellung zu nehmen und habe von der Holding den folgenden Hinweis oder folgende Darstellung bekommen. Zunächst einmal schon der Hinweis, dass die Holding sehr, sehr bemüht ist um die gute Kooperation mit der Polizei in der Stadt Graz und ich denke, dass das auch tatsächlich gut funktioniert, in vielen Beispielen, die hier angegeben werden können. Zum konkreten Fall des Crash, den es gegeben hat in der Nahverkehrsdrehscheibe, sagt eben die Holding Folgendes: Aufgrund einer Verfolgungsjagd durch Graz tauchten bereits kurz nach dem Unfall, der sich in der unterirdischen Straßenbahnstation Hauptbahnhof ereignete Fotos mit Kommentaren zur Verfolgungsjagd und dem Unfall auf, die nicht dem tatsächlichen Hergang vor Ort entsprachen, woher die auch immer gekommen sind. Um eine falsche Eigendynamik bei Videoaufzeichnungen und Bilddaten über den Vorfall zu vermeiden, wurde eine ausgewählte kurze Sequenz für eine einmalige Ausstrahlung exklusive dem ORF Steiermark zur Verfügung gestellt. Dabei wurde beachtet, dass keine personenbezogenen Daten veröffentlicht werden und sich durch die Auflösung oder Verpixelung kein Personenbezug für niemanden mehr herstellen lassen kann. Ein entsprechender Imageschaden für die Einsatzkräfte war nicht geplant klarerweise. Eine entsprechende Aussprache mit den Verantwortlichen bei der Polizei hat inzwischen auf allen Ebenen stattgefunden. Die Holding hat diesen Vorfall zum Anlass genommen, die Abläufe und Freigaben konzernweit allen Beteiligten mittels einer internen Managementanweisung in Erinnerung zu rufen und gerade die Medienpolitik hinsichtlich der Bildsprache künftig noch restriktiver zu gestalten. Hier nochmals ein Beispiel eben für die, was ich schon erwähnt habe, für die Grundsätze. Sehr gute

Kooperation bewiesen die Zeitungsberichte der letzten Tage rund um die erfolgreiche Fahndung nach einem Serien-Sextäter, der nicht zuletzt durch die Videokameras und die Zusammenarbeit zwischen der Holding Graz und der Polizei überführt werden konnte. Die Holding bedauert das insgesamt sehr, die Gründe sind genannt und wie gesagt, es ist auch im Gespräch mit der Polizei letztlich auch ausgeräumt worden.

GR. **Pacanda:** Wie du schon richtig erwähnt hast, ist eben nachträglich ein Gespräch mit der Polizei hat eben stattgefunden, leider eben nicht vielleicht im Rahmen dieser Veröffentlichung oder dieses Prozesses, das heißt, man kann sicher in Summe viel verbessern, das Beispiel, das du gebracht hast, wo eine Straftat aufgeklärt wird durch ein Überwachungsvideo, ist ja auch über die DSB und die Meldung, die die Holding gemacht hat, komplett rechtens. Eine Veröffentlichung von einem unter Anführungszeichen „Unfall“, das wäre das Gleiche vielleicht auch von einer lustigen Situation ist wieder was anderes, also das ist datenschutzrechtlich richtig, ist kein Problem, es datenschutzrechtlich nicht problematisch, es ist nur problematisch von der Meldung her, weil es komplett für einen anderen Zweck genutzt ist. Daher die Frage, die ich stellen möchte, ob du es notwendig siehst, dass es für die kompletten Beteiligungen, für alle Unternehmen der Stadt Graz, wo Überwachungskameras aufzeichnen, den öffentlichen Raum filmen, es notwendig sein wird, eine Richtlinie zu schaffen, die wirklich klar klärt, was können wir veröffentlichen, wo haben wir ein Urheberrecht drauf und was nicht. Siehst du das notwendig?

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch:** Prinzipiell möchte ich darauf hinweisen, dass diese Richtlinien ja existieren und dass es sowohl im Datenschutzgesetz als auch in anderen entsprechenden Regelungen geregelt ist. Ich kann gerne, wenn ich was tun kann, kann

ich gerne die Geschäftsführungen von allen Beteiligungen aufmerksam machen, dass eben gerade auf Basis dieses Vorfalles nochmals bei ihnen in ihrem eigenen Bereich dafür sorgen sollen, dass die Richtlinien, die es gibt, auch tatsächlich eingehalten werden, kann ich gerne machen.

3) Gestaltung Griesplatz – Berücksichtigung Regionalbusse

GR. Dipl.-Ing. **Topf** stellt an StR. Mag. (FH) **Eustacchio** folgende Frage:

GR. Dipl.-Ing. **Topf**: Sehr geehrter Herr Stadtrat! Es geht um den Griesplatz und um das Umfeld des Griesplatzes. Nach Beschlussfassung hinsichtlich Trassierung der Straßenbahnlinie Südwest über den Griesplatz in der Sitzung des Gemeinderates vom 16.10.2014 wird nunmehr auf Veranlassung unseres Bürgermeisters unter Federführung der Stadtbaudirektion am 3. März des heurigen Jahres das Bürgerbeteiligungsprojekt, ich nenne es einmal unter Anführungszeichen „Umgestaltung des Griesplatzes“, es wird vermutlich auch das Umwelt miteinbezogen werden, wird dieses Bürgerbeteiligungsprojekt jetzt nunmehr am kommenden Dienstag gestartet, wobei schon im Vorfeld mehrere Initiativgruppen wie zum Beispiel „Mehr Zeit für Graz“, „Pro Gries“, aber es gibt auch eine andere Initiative Griesplatz, ihr Interesse zur Ideenfindung und Mitarbeit bekundet haben. Aus meiner Sicht geht es also insbesondere um den Griesplatz, aber auch um das Umfeld des Griesplatzes.

Um jedoch den entsprechenden Raum für eine Gestaltung und Strukturierung des Griesplatzes zu schaffen, ist es erforderlich, dass – neben einer Neuordnung beziehungsweise Neuführung des motorisierten Individualverkehrs mit allenfalls noch zusätzliche Überlegungen den öffentlichen Verkehr betreffend, da bin ich etwas kritisch gegenüber der jetzigen Situation, auch die Abstellplätze für die Regionalbuslinien aus der Ostseite des Griesplatzes an eine andere Stelle der Stadt

Graz, zum Beispiel Bereich des Andreas-Hofer-Platzes, aber auch das Postareal in der Hohenstaufengasse scheint mir ein geeignetes Areal zu sein, selbstverständlich unter Beibehaltung einer Haltestelle für diese Regionalbuslinien auf dem Griesplatz selbst.

Ich stelle daher an Sie, sehr geehrter Herr Stadtrat, namens der ÖVP-Gemeinderatsfraktion die

Frage:

Wie weit sind die diesbezüglichen Verhandlungen mit den zuständigen Stellen und den betroffenen Betreibern der Regionalbuslinien gediehen, damit wir auch, wie gesagt, für eine mögliche Gestaltung des Griesplatzes etwas an Raum gewinnen?

StR. Mag. (FH) **Eustacchio**: Herr Gemeinderat, danke für die Anfrage, sie gibt Gelegenheit, die ganze Situation wieder einmal auf einen Aktualstand zu bringen hier im Gemeinderat. Wir hatten diese Woche erst mit dem Herrn Bürgermeister (*Der Bürgermeister läutet mit der Ordnungsglocke*) und mit den Verantwortlichen aus den zuständigen Ämtern eine Unterredung, wo dieses Thema natürlich zur Sprache kam, weil es in unser aller Sinne ist, hier eine optimale Regelung für das Land, aber auch für die Stadt Graz zu finden. Es ist ja, und das muss man dazusagen, ein Gemeinschaftsprojekt mit dem Land. Deswegen werden hier auch laufend Verhandlungen geführt zwischen Stadt Graz, Verantwortlichen aus den Behörden und dem Land, gibt verschiedene Vorschläge und uns, wenn ich das so sagen darf, Bürgermeister und meinem Namen, wäre die Lösung am angenehmsten und auch wirklich für Graz die beste, wenn wir die Verlagerung vom Griesplatz auf den Andreas-Hofer-Platz zusammenbringen. Die Problematik, die wir dort haben ist, dass hier die Eigentumsverhältnisse noch nicht klar sind, durch den Konkurs von Alpine Tochter

Acoton etc. ist das Ganze noch nicht ganz ausgegoren, wir sind aber dran zu überprüfen, ob es die Möglichkeit gibt, dieses Grundstück teilweise zu kaufen oder sich zu beteiligen, damit wir hier auch mehr Mitspracherecht haben. Wenn uns die Lösung am Griesplatz nicht gelingt, die Regionalbusse zu verlagern, haben wir natürlich dort auch die dementsprechende Fläche zur Verfügung, das auch gut zu gestalten. Also ich muss leider verweisen auf die noch laufenden Gespräche und Verhandlungen, wir werden natürlich ehestens auch berichten, wenn wir weitergekommen sind. Zwingend ist die Sache am Griesplatz zu sichern, dass wir dort wegfahren beziehungsweise zu sichern am Andreas-Hofer-Platz, wenn das dann möglich ist, dass wir verlagern können, dann kann man auch wirklich dazu übergehen, den Griesplatz dementsprechend zu gestalten und auch alle einzubinden, die halt ihre Ideen hier einbringen wollen, aber das eine ist zwingend. Ohne die Lösung Andreas-Hofer-Platz schaffen wir keine gescheite Lösung am Griesplatz, so stehen wir leider derzeit (*Applaus FPÖ*).

GR. Dipl.-Ing. **Topf**: Das genügt mir vorläufig, ich werde vielleicht wieder einmal dementsprechend nachfragen.

4) Öffnungszeiten der öffentlichen WC-Anlagen in Graz

GR.ⁱⁿ **Thomüller** stellt an StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch** folgende Frage:

GR.ⁱⁿ **Thomüller**: Werte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr Stadtrat! Meine Frage heute betrifft die Öffnungszeiten der öffentlichen WC-Anlagen in Graz. In der Stadt Graz stehen viele Menschen, die nachts arbeiten, zum Beispiel TaxifahrerInnen, Imbissbudenbetreiber am Hauptplatz etc., Menschen, die spätabends einen

Spaziergang machen oder – vor allem im Sommer – einmal länger im Park sitzen wollen, zwischen 22.00 Uhr abends und 6.00 Uhr morgens vor verschlossenen Klo-Türen. Die Öffnungszeiten der öffentlichen Toiletten sollten daher schnellstmöglich ausgeweitet werden. Im besten Fall sollten die WCs rund um die Uhr geöffnet haben. Auf meinen diesbezüglichen Antrag vom Mai des Vorjahres hat mir das Amt geantwortet, dass Gastronomiebetriebe diese menschlichen Bedürfnisse abdecken würden. Das ist nicht nur unwahr, sondern auch ziemlich rücksichtslos gegenüber den vielen Menschen, die nicht konsumieren wollen – sondern einfach nur schnell mal aufs Klo.

Daher richte ich namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs an Sie folgende

Frage:

Welche Maßnahmen treffen Sie, um zu gewährleisten, dass die öffentlichen WC-Anlagen in Graz auch nachts kostenlos zu Verfügung stehen (*Applaus KPÖ*)?

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Frau Gemeinderätin, es geht nicht darum, ob man sich das wünschen kann und wünschen sollte, das tue ich auch, sondern es geht darum, wie man das insgesamt finanzieren kann bei einem Budget. Um Ihnen einfach einmal die Dimensionen klarzumachen, habe ich die GBG gebeten, aufzuzeigen und darzustellen, wie viel uns die Betreuung von insgesamt zehn WCs, das sind jene, die für die Touristen, im touristischen Bereich sind von durchschnittlich 8.00 Uhr in der Früh bis 22.00 Uhr kostet. Zunächst einmal sind diese Öffnungszeiten der WC-Anlagen mit Graz Tourismus abgestimmt. Der Gesamtaufwand für die Reinigung 2014 beträgt 606.000 Euro brutto. Dieser würde sich bei den Öffnungszeiten rund um die Uhr um zirka ein Drittel erhöhen, nämlich um zirka 200.000 Euro. Die Kassenerlöse 2014 betragen knapp

80.000 Euro, die Erlöse sichern der Stadt Graz vor allem die Vorsteuerabzugsberechtigung. Neben den Reinigungskosten würden sich auch Instandhaltungskosten sowie Schäden aufgrund von Vandalismus erhöhen, da kann es nur eine Schätzung geben. Wir haben im Jahr 2014, obwohl diese WCs alle, wie gesagt, betreut sind und nur so geht es, trotzdem noch für 100.000 Euro Schäden gehabt. In Summe ist mit einem Mehraufwand von zirka 240.000 Euro zu rechnen. Zu erwarten ist natürlich auch, dass eine Fremdnutzung durch Obdachlose während der Nachtstunden gegeben ist. Ich möchte gerne das Prinzip, das wir verfolgen hier und das Ziel, das wir verfolgen, hier nochmals darlegen. Wir sind aufgrund der Erfahrungen, die wir gemacht haben (*Der Bürgermeister läutet mit der Ordnungsglocke*) in vielen, vielen Jahren und auch aufgrund der Vandalismus-Schäden und auch der nicht zweckentsprechenden Nutzung für Drogensüchtige usw. zu dem Schluss gelangt, dass wir die WCs, vor allem im innerstädtischen Bereich betreuen, persönlich betreuen, wir haben ein eigenes Projekt mit der Caritas, daraus entstehen ja auch die Kosten und dass wir sie außerhalb der Betreuungszeiten zusperren, um weitere Kosten zu vermeiden, das ist aus meiner Sicht die einzige gangbare Möglichkeit, für ordentlich ausgestattete und im ordentlichen Zustand befindliche WCs zu sorgen. Das haben wir gemacht, eine Ausweitung steht derzeit nicht zur Diskussion (*Applaus ÖVP*).

GR.ⁱⁿ **Thomüller**: Die Frage wäre, um die Leute, die wirklich nachts arbeiten für die Grazerinnen und Grazer Bürgerinnen der Stadt, ich bin selbst Taxifahrerin in der Nacht und die Möglichkeit, die Betreuung, die Sie angesprochen haben, auszuweiten beziehungsweise das eben diese Menschen zur Verfügung steht, gratis aufs Klos zu gehen. Ich glaube, das ist in der zweitgrößten Stadt Österreichs unbedingt das Bedürfnis, dass Klos rund um die Uhr geöffnet haben für die arbeitenden Menschen in Graz (*Applaus KPÖ*).

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Es war zwar keine Frage, sondern eine Feststellung, gegen die ich ja nicht bin, ich bin ja derselben Auffassung wie Sie, es geht ganz konkret um den einen Satz, es geht um zirka 240.000 Euro Mehrkosten. Frage ist, wer zahlt sie?

Bgm. Mag. **Nagl**: Ich möchte an dieser Stelle wieder einmal daran erinnern, dass der Gemeinderat festgelegt hat, dass es die Möglichkeit einer Zusatzfrage gibt, sollte keine gestellt werden, bitte ich auch Feststellungen oder Kommentare in einer zweiten Runde dann zu unterlassen. Und darüber hinaus möchte ich auch anmerken, dass es seit vielen Jahrzehnten eine Glocke des Bürgermeisters gibt, wenn diese ertönt, hätte der Herr Bürgermeister gerne für die Kolleginnen und Kollegen, die hier sind, etwas mehr Aufmerksamkeit, vor allem für jene, die vorne am Rednerpult stehen, weil der Geräuschpegel ist, glaube ich, nicht nur für mich unangenehm und mich haben schon einige gebeten, dafür Sorge zu tragen, dass wir unseren Kollegen am Rednerpult mehr Aufmerksamkeit zukommen lassen. Das gilt bitte auch für die Bank der Präsidialabteilung und der Magistratsdirektion.

5) Bilanz Feinstaubtickets

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Marak-Fischer** stellt an StR. Mag. (FH) **Eustacchio** folgende Frage:

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Marak-Fischer**: Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrter Herr Stadtrat! Die Feinstaubwerte, die heute auch wieder ein paar Mal noch Thema sein werden, hat man letzte Woche, glaube ich, wieder sehr deutlich gespürt. Eine

Maßnahme, die vor einem Jahr vom Herrn Bürgermeister in Aussicht gestellt worden ist und die dann seit 3. November auch bereits bestanden hat, war ein Feinstaub-Ticket, verbunden mit einem freiwilligen autofreien Tag an einem Wochentag in der Woche anzubieten. Das gibt es, wie gesagt, seit 3. November und nachdem es in einem Monat auch wieder ausläuft, ist es aus unserer Sicht Zeit, hier einmal nachzusehen, was hat es gebracht, wer hat es genutzt, wie viele BesitzerInnen der Feinstaub-Tickets kommen aus Graz, wie viele kommen aus Graz-Umgebung, wie hoch sind die Schätzungen von VerkehrsexpertInnen, wie die reale Entlastung des Kfz-Verkehrs in Graz ausgesehen hat, welche Kosten für das Haus Graz dadurch angefallen sind und wie hoch schlussendlich dann auch die Kosten-Nutzen-Rechnung für diese Maßnahme ausfällt, um dann Entscheidungen treffen zu können, wie es nächstes Jahr dann auch weitergehen könnte.

Namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion stelle ich daher an dich, sehr geehrter Herr Stadtrat Eustacchio, die

Frage:

Wie sieht die Bilanz für das seit 3. November angebotene Feinstaubticket im Zusammenhang mit den angesprochenen Zahlen und Daten aus (*Applaus SPÖ*)?

StR. Mag. (FH) **Eustacchio**: Frau Gemeinderätin, liebe Alexandra! Von mir, also von der Holding an mich übermittelt darf ich verlesen. Nach viermonatiger Laufzeit des Anreizmodelles Feinstaub-Ticket kann die Holding Graz folgende Bilanz ziehen: Es war bei Konzeption der Marketingaktion, und es war eine Marketingaktion, nicht einschätzbar, in welchem Ausmaß die noch echten Individualverkehrsteilnehmer dieses Schnupperticket, es war ja auch ein Tagesticket auf fünf Monate, akzeptieren

oder erwerben würden. Heute kann die Holding Graz festhalten, dass gemäß angeschlossener Statistik, die würde ich dir extra übermitteln, und Darstellung insgesamt 1.263 Feinstaub-Tickets verkauft werden konnten. Darunter fallen gesamt 920 Kfz-Besitzer, 726 aus Graz und 194 aus Graz-Umgebung, die hoffentlich auch an diesem einen Tag in der Woche der Umwelt zuliebe das Auto stehen lassen. Warum hoffentlich? Weil die Nutzung dieses Tickets nicht kontrollierbar ist und auch nicht kontrolliert wird (*Applaus FPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Gibt es eine Zusatzfrage?

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Marak-Fischer**: Danke, nein.

StR. Hohensinner, MBA übernimmt um 12.40 Uhr den Vorsitz.

6) Novelle zum Grazer Altstadterhaltungsgesetz

GR. Ing. **Lohr** stellt an Bgm. Mag. **Nagl** folgende Frage:

GR. Ing. **Lohr**: Hoher Gemeinderat, sehr verehrte Zuhörer, sehr geehrter Herr Bürgermeister! Es betrifft die Novelle zum Grazer Altstadterhaltungsgesetz. Im November 2013 hat sich der Gemeinderat mit einer Petition an das Land Steiermark gewendet. Unter anderem wurden Zusammensetzung und Rolle der

Altstadtsachverständigenkommission, ASVK, diskutiert. Ferner bat die Stadt Graz, den bisher informell geführten Dialog innerhalb der ASVK gleich dem Informationsaustausch mit der Denkmalbehörde zu regeln. Es gab darauf basierend intensive Diskussionsprozesse zwischen der Stadt Graz, der Wirtschaftskammer Steiermark, der Kammer der Architekten für Kärnten und Steiermark und der Abteilung 9 des Landes Steiermark. Die Ergebnisse sollen in einer Novelle zum Grazer Altstadterhaltungsgesetz münden. War auch jetzt in letzter Zeit in den Medien, wir haben entnommen, dass seit Jänner der Altstadtdanwaltschaft außer Funktion ist, es wird eben diskutiert, welche Kompetenzen er haben soll, wie die Zusammensetzung der Kommission sein soll.

Da nicht zuletzt eine Petition der Stadt ausschlaggebend für diese Entwicklung war, stelle ich unbeschadet auch Ihrer inhaltlichen Zuständigkeiten namens des freiheitlichen Gemeinderatsklubs an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, nachstehende

Frage:

Sind Sie bereit, in Erfahrung zu bringen, inwieweit die in gegenständlicher Petition formulierten Vorstellungen und Wünsche der Stadt Graz in der neuen Gesetzesvorlage zur Grazer Altstadterhaltungsgesetz-Novelle realisiert werden (*Applaus FPÖ*)?

Bgm. Mag. **Nagl**: Geschätzter Herr Gemeinderat! Vielen Dank für diese Frage, es gibt mir Gelegenheit Ihnen auch zu sagen, dass ich selbstverständlich drangeblieben bin an dem Wunsch, den ich im Gemeinderat ja eingebracht habe. Wir haben immer wieder Diskussionen gehabt in der Vergangenheit über die Wirkungsweise der Grazer Altstadterhaltungskommission in Verbindung mit dem dazugehörigen Landesgesetz und so habe ich mich entschlossen schon vor rund einem Jahr, eine Änderung anzustreben. Wir haben dann eine Petition des Gemeinderates ja auch verfasst und

das Land Steiermark hat sich dann mit unserem Wunsch auseinandergesetzt, es gab ja mehrere Gesprächsrunden auf Expertenebene, wo ja auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit dem Herrn Baudirektor, unserer Planung und Behörden mit dem Land auch in Verhandlung waren. Ergänzend dazu darf ich auch noch sagen und darauf verweisen, dass der zur Begutachtung ausgesandte Entwurf zur 5. Novelle des Grazer Altstadterhaltungsgesetzes 2008 im Internet auf der Homepage des Landtages Steiermark samt Vorblatt mit den Erläuterungen, den Textgegenüberstellungen sowie Stellungnahmen öffentlich zugänglich sind. Das kann man sich auch jederzeit anschauen. Ich darf auch gleich mitteilen, dass die Gesetzesnovelle im Unterausschuss des Steiermärkischen Landtages bereits beschlossen wurde und darin im Wesentlichen alle Wünsche der Stadt Graz eingearbeitet wurden, ausgenommen des quasi Berufsverbotes der ASVK-Mitglieder, hier haben wir bis zum Schluss auch versucht, dass zumindest auch die Persönlichkeiten, die den Vorsitz haben in der Zeit, während sie da tätig sind, nicht auch gleichzeitig Projekte innerhalb des Stadtgebietes verwirklichen. Soweit mir bekannt ist, wurde auf der Landesebene das zwar auch diskutiert, aber dieser Wunsch der Stadt Graz befindet sich jetzt nicht im Entwurf, der schon im Unterausschuss durch war, das heißt ganz konkret, ich rechne damit, dass der Steiermärkische Landtag im März diese Novelle zu unserem Grazer Altstadterhaltungsgesetz auch dann verabschieden wird.

GR. Ing. **Lohr**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Ganz kurz, danke ich natürlich, dass Sie drangeblieben sind, auch mit dem Hinweis auf die Homepage. Es ergeht dann nur ganz kurz die Zusatzfrage schon in die Zukunft, wenn eben solche Petitionen erfolgen von der Stadt Graz und eben dass wir sozusagen auch den Informationsfluss erhalten, werden wir dann zukünftig auch im Planungsausschuss, ob man da dann auch immer wieder Zwischenberichte von Ihnen erhalten können?

Bgm. Mag. **Nagl**: Gerne, Ich möchte nun vielleicht noch anmerken, das hat ja erst kürzlich stattgefunden, das heißt, es gab eine Überschneidung zeitnah und ich nehme an, dass es im März beschlossen wird, Genaueres kann ich da aber auch noch nicht sagen. Nachdem es den Unterausschuss passiert hat, werden wir es dann sehen, werden wir auch darüber berichten.

Bürgermeister Mag. Nagl übernimmt um 12.45 Uhr den Vorsitz.

7) Verwendung der Mittel aus Parkgebührenerhöhung

GR. Dr. **Wohlfahrt** stellt an StR. Mag. (FH) **Eustacchio** folgende Frage:

GR. Dr. **Wohlfahrt**: Sehr geehrter Herr Stadtrat! Die Erhöhung der Parkgebühren am 1.10.2013 sollte ja Mehreinnahmen in der Höhe von rund fünf Millionen jährlich bewirken, die in voller Höhe Ihrem Verfügungsbereich zugezählt werden und für den ÖV und Park-&-Ride-Maßnahmen zweckgebunden sind. Nach unseren leider sehr spärlichen Informationen wurde diese Einnahmensteigerung nicht ganz erzielt, leider haben Sie bis jetzt trotz Zusage keine Aufstellung dieser zusätzlichen Mittel zur Verfügung gestellt.

Zwischenruf StR. Mag. (FH) Eustacchio unverständlich.

GR. Dr. **Wohlfahrt**: Ich habe sie nicht gekriegt, ist aber wurscht, lasst sich ja lösen. Dass es nicht ganz so viel geworden ist, finde ich nicht so schlimm, weil das heißt auch weniger Parkvorgänge, weniger Autos in der Stadt, aber hinschauen muss man natürlich. Viel wichtiger ist aber, und vor allen im Interesse der Grazerinnen und Grazer, folgende Frage: Was passiert mit diesen zusätzlichen Einnahmen, welche Projekte werden damit finanziert, wo bleiben die Verbesserungen im öffentlichen Verkehr? Der von Ihnen erwähnte Ausbau der Straßenbahnlinie 3, dessen Planung, im Ausbau sind wir noch nicht, nach Reininghaus wird ja nicht aus diesen Mitteln finanziert oder vielleicht doch, da hat es, glaube ich, Missverständnisse gegeben. Sehr geehrter Herr Stadtrat, die Grazerinnen und Grazer möchten gerne wissen, was mit ihren Parkgebühren passiert. Bis jetzt waren nahezu keine neuen ÖV-Maßnahmen zu bemerken, deshalb stelle ich Ihnen folgende

Frage:

Welche ÖV-Projekte und sonstigen Projekte werden seit dem Jahr 2014 aus den jährlich rund 5 Millionen höheren Parkeinnahmen (Gebührenerhöhung ab 1.10.2013) bereits finanziert, welche Projekte sind in Planung beziehungsweise in Umsetzung (bitte um eine Übersicht für die Jahre 2014 – 2017) und auch ganz wichtig, in welchem Ausschuss beziehungsweise Ausschüssen wird detailliert darüber berichtet? Wir sehen hier doch ein gewisses Informationsloch, was auch organisatorisch zu verankern ist und nicht nur am Stadtrat liegt, sondern es geht eigentlich nicht durch Ausschüsse durch im vollen Umfang (*Applaus Grüne*).

StR. Mag. (FH) **Eustacchio**: Herr Gemeinderat, vorweg wegen der Liste, das entzieht sich jetzt meiner Kenntnis, dass Sie die angefordert hätten und nicht bekommen haben. Grundsätzlich wird die Liste ja nicht von uns geführt, sondern von der Finanzdirektion, also wenn, bitte dann dort anfordern. Aber zu Ihrer Frage. Ich muss Sie leider vorweg berichtigen, bezüglich der Parkgebühreneinnahmen sind nicht fünf Millionen Euro hereingekommen, sondern 3,68 Millionen für das Referenzjahr 2014, weil 2013 war noch eine Mischform. Die fünf Millionen, auf die Sie sich beziehen, stammen aus der ersten Hochrechnung der Finanzdirektion vom Mai 2013. Damals ging die Finanzdirektion eben noch von zu erwartenden 4,8 Millionen Mehreinnahmen aus, man muss aber dazusagen, dass es sich dabei um eine erste Einschätzung der zukünftig zu erwartenden Mehreinnahmen handelte. Die tatsächlichen Mehreinnahmen in der Höhe von 3,68 Millionen Euro für das Jahr 2014 sind aber auch kein Spielgeld, über das der Stadtrat frei verfügen kann, sondern diese Einnahmen fließen direkt, Sie wissen es ja, in die Erhaltung des bestehenden ÖV-Angebotes. Hätte der Gemeinderat dieser Erhöhung damals nicht zugestimmt, so wäre es schon im Jahr 2013 zu einer Unterdeckung für die Finanzierung der Maßnahmen in der Holding Linien Graz aus den Parkraumeinnahmen finanzierten Maßnahmen in der Höhe von einer Million Euro gekommen. Bis zum Jahr 2014 wurden und werden daraus die Betriebskosten, jetzt kommen wir zur konkreten Frage, was ist damit passiert mit diesen Mehreinnahmen. Für die Überwachung der Nahverkehrsdrehscheibe Hauptbahnhof, die Buslinie 211, die ja dann eingestellt worden ist, finanziert, ÖV-Maßnahmen 2014, welches die Fahrplanverdichtung der Buslinien 58, 63, die Verlängerung der Straßenbahnlinie 3er und 6er und die Fahrplanverdichtung der Straßenbahnlinie 1 und 7 für den Zeitraum 2014 bis 2017 beinhaltet, sowie die Buslinien 64 und 65 finanziert. An zusätzlichen Maßnahmen werden daraus seit der Tarifierhöhung, das Projekt Pünktlichkeitsoffensive ÖV sowie das Top-Ticket finanziert. Zu berücksichtigen ist dabei, dass dies alles Kostenträger sind, welche durch die notwendigen Indexierungen auch dementsprechende Erhöhungen verzeichnen und das müssen wir natürlich auch daraus abdecken. Verkehrspolitisch, Sie haben es auch

kurz angerissen, kann man eigentlich von einem Erfolg sprechen, weil die Parkgebühreneinnahmen sinken, auch wenn es wehtut im Säckel, da ja davon auszugehen ist, dass die Menschen andere Möglichkeiten in Anspruch genommen haben und wir wissen es, wir wissen die Steigerungen bei den Zahlen Inanspruchnahme des ÖV, wir wissen die Steigerungen im innerstädtischen Bereich als Radfahrer und Fußgänger etc. Also im Großen und Ganzen können wir zufrieden sein, wie wohl uns natürlich auf der anderen Seite immer das Geld fehlt. Und die notwendigen Maßnahmen, die Sie ansprechen, wie 3er, wie alles, was wir schon durchbesprochen haben, die notwendigen Taktverdichtungen, Zwischenstücke für die Straßenbahnen, die können natürlich aus diesem Bereich nicht finanziert werden, da muss es zu einer Sonderfinanzierung kommen (*Applaus FPÖ*).

GR. Dr. **Wohlfahrt**: Das Erste ist einmal nicht ganz beantwortet, wo darüber berichtet werden soll in Zukunft, ich glaube, da müsste man hinschauen. Ich nehme an, ich habe Sie richtig verstanden, dass Sie so quasi kein Problem haben, dass die Finanzdirektion die Zahlen rausgibt, dann werden wir sie einfach dort anfordern, dann ist das auch geklärt. Die Frage ist noch, Sie haben gesagt, im Wesentlichen ist das Geld verbraucht für Projekte, die eh schon länger unterwegs sind. Ja ist natürlich nicht besonders befriedigend, ich nehme an für Park-&-Ride-Projekte ist auch noch ein Geld geplant, Puntigam muss noch reinkommen, aber wird auch drinnen sein. Sie haben es auch gesagt, dass ganz viele wichtige Projekte jetzt nicht umgesetzt werden können. Da ist zwingend die Frage an den Verkehrsstadtrat, welche Strategie verfolgen Sie damit, dass es doch irgendwie geht, wie wollen Sie diese Sachen, die jetzt angeblich aus Ihrer Sicht unfinanzierbar sind oder auch tatsächlich nicht finanzierbar sind, wie sollen die finanziert, welche Strategien verfolgen Sie, dass diese wichtigen Projekte umgesetzt werden können? Auf das warten wir schon lange und es freut mich, Ihnen diese Frage stellen zu können (*Applaus Grüne*).

StR. Mag. (FH) **Eustacchio**: Herr Gemeinderat, das ist ja immer die Thematik. Man ist verantwortlich für den Verkehrsbereich, aber nicht für den Finanzbereich und da gibt es natürlich immer unterschiedliche Prioritätensetzungen. Derzeit gibt es eben eine Zusammenarbeit von ÖVP, KPÖ und SPÖ, die sich entschieden haben, dementsprechende Gelder dort und dort zu investieren. Bis dato habe ich noch nichts seitens der Finanzdirektion gehört, wie diese Gelder für diese notwendigen Maßnahmen aufgebracht werden. Mein Ansatz, Sie kennen ihn auch, ist, nachdem wir jetzt für die nächsten zwei Jahre nicht 50 Millionen Euro an die Holding übermitteln, sondern nur 32 Millionen, rede ich von zweimal 18 Millionen Euro, damit, wenn wir dort diese Notwendigkeiten hineinpacken, hätten wir es locker finanziert (*Applaus FPÖ*).

8) Grüne Welle in Graz

GR. **Haberler**, MBA stellt an StR. Mag. (FH) **Eustacchio** folgende Frage:

GR. **Haberler**, MBA: Geschätzter Herr Bürgermeister, werde Stadtsenatsmitglieder, hoher Gemeinderat, liebe Zuhörer, Herr Stadtrat! Ich habe mir so eine Beispielrechnung, ob sie genau stimmt, das überlasse ich einem jeden Einzelnen. Wir wissen, 140.000 Autos fahren täglich in Graz. Wenn man 15 Minuten annimmt und eine Taktung von 40 Sekunden bei Ampeln, und bei jeder zweiten Ampel steht man bei Rot, sind das 7.800 Stunden pro Tag. Bei einem durchschnittlichen Verbrauch von 0,9 Liter pro Pkw kommen wir auf 18 Tonnen CO₂-Ausstoß täglich, nur bei Rot stehenden Ampeln in Graz.

Zwischenruf GR. Ing. Lohr: Das kann nicht stimmen.

GR. **Haberler**, MBA: Natürlich weiß ich, dass man immer irgendwann einmal bei einer roten Ampel stehen wird, das wird sich nie verhindern lassen, aber die eine oder andere Tonne wäre natürlich sehr vorteilhaft und löblich, wenn wir die einsparen könnten. Und wenn ich jetzt so zurückdenke, wie ich im Wahlkampf war, da ist gestanden ein Plakat, da steht drauf „Grüne Welle statt Fahrverbote“ und diese Fahrverbote, die sind nicht gekommen aber die Grüne Welle leider auch nicht, die versprochen worden ist. Das war damals eine sehr populistische Ansage (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*), jetzt sind Sie Verkehrsstadtrat seit zwei Jahren und deswegen kommt natürlich als Betrauter mit dem Verkehrsressort die

F r a g e

von mir:

Was gedenken Sie zu unternehmen, ob das jetzt nur ein Wahlkampfgegag war oder ob Sie das wirklich umsetzen werden, können, wollen, die Grüne Welle (*Applaus ÖVP*)?

StR. Mag. (FH) **Eustacchio**: Herr Gemeinderat, lieber Stefan! Vielleicht zum grundsätzlichen Verständnis darf ich aus der verkehrs- und emissionstechnischen Untersuchung über Verbesserung der Grünen Welle an Haupteinfahrtsstraßen von

Graz zitieren. Erstellt wurde diese Studie vom Zivilingenieurbüro Kaufmann-Kribernegg, der Forschungsgesellschaft für Verbrennungskraftmaschinen und Thermodynamik und vom Institut für Straßen- und Verkehrswesen, der TU Graz im Jahr 2012. Es ist sehr komplex, aber ich versuche es, dass wir es in der Kürze hinkriegen. Was bedeutet der Begriff Koordinierung beziehungsweise Grüne Welle? Wenn man von einer Koordinierung, in Klammer Grüne Welle, aber das ist der langläufige Begriff für die Allgemeinheit spricht man im Zusammenhang mit einem Steuerungssystem zur Reduzierung der Anzahl von Halten bei der Befahrung eines Straßenzuges über die gesamte Länge. Der einbiegende Querverkehr kann in der Regel nicht unmittelbar in die Grüne Welle eingegliedert werden und fungiert gewissermaßen als Fremdkörper in der Koordinierungswelle. Aufgrund des fixen Zusammenhangs zwischen Weg und Zeit in Abhängigkeit von der Progressionsgeschwindigkeit, in Klammer mittlere Geschwindigkeit, der Befahrung kann nur bei idealen Kreuzungsabständen eine Koordinierung in zwei Richtungsverkehren der Idealvorstellung einer Befahrung ohne Halt entsprechen. Weicht man von diesem Idealabstand ab, so muss eine Vermeidung von Halten durch Dehnung oder Spreizung der Freigabezeiten für die Hauptrichtung herbeigeführt werden. Bei extremeren Ausbildungen geschieht es zu Lasten der Freigabezeit für die Nebenrichtungen, deren funktionierender Verkehrsfluss dennoch sichergestellt werden muss, um auch in dem Nebenstraßennetz keine Überstauung mit umweltschädlicher Folge hervorzurufen. Damit sind im System in einer gewachsenen Struktur wie der Stadt Graz mit zufälligen Kreuzungsabständen physikalische Grenzen gesetzt, so leid es uns tut. Muss die Vision einer idealen Grünen Welle ohne Halte eintreten, um eine emissionstechnische Verbesserung gegenüber dem Bestand herbeiführen zu können? Die vorliegende Untersuchung zeigt, dass bereits eine kleine statistische Verminderung der signaltechnisch herbeigerufenen Halte zu einer relevanten Einsparung an emittierten Luftschadstoffen führt. Das Idealbild der Durchführung gänzlich ohne Halt ist auf Koordinierungsstrecken im Zwei-Richtungsverkehr in der Regel und speziell auch in den meisten angetroffenen Untersuchungsgebieten unrealistisch.

Jetzt aber konkret zur Frage. Auf den Verbrauch von Treibstoff beziehungsweise Schadstoffausstoß in deiner Einleitung will ich nicht näher eingehen, korrigieren möchte ich nur die angenommene Taktung von 40 Sekunden, eine solche Umlaufzeit gibt es in Graz nicht. Die Umlaufzeiten unserer Verkehrssignalanlagen betragen entweder 50 oder 60 Sekunden meistens in der Nacht und 80/90 beziehungsweise 120 Sekunden je nach Verkehrsaufkommen, weil es ja eine intelligente Ampelschaltung ist, am Tag geschaltet. Die Grüne Welle, die du meinst, wo ich auf allen Hauptverkehrsstraßen in Graz, ohne stehen zu bleiben, durchfahren kann, gibt es also nicht. Die sogenannte Grüne Welle, ich verwende lieber den Begriff verkehrsoptimierte Ampelschaltung, und darum geht es, Grüne Welle ist ein Synonym, es geht um die Verflüssigung des Verkehrs und das ist das Relevante. Gerade die ÖVP unter dem damaligen Vizebürgermeister Edegger hat vehement den Vorrang für den öffentlichen Verkehr gefordert, dies wurde auch natürlich umgesetzt, Vorrang für den öffentlichen Verkehr bedeutet aber, dass ein anderer Verkehr, in dem Fall der Individualverkehr, zurückstehen muss. Das wollen wir alle und das ist auch in Ordnung. Hinzu kommen Druckknopfampeln, die sich nicht analog schalten lassen. Das Ganze erfordert eine dynamische und keine starre Steuerung unserer Verkehrslichtsignalanlagen und schlussendlich geht sich eine koordinierte Steuerung...

Zwischenruf unverständlich.

StR. Mag. (FH) **Eustacchio**: Sie sind nicht am Wort, Frau Kollegin, ...in den meisten Fällen nur in eine Fahrtrichtung aus und diese Steuerung ist meistens so ausgelegt, dass in der Früh der Stadteinwärtsverkehr bevorzugt wird und am Nachmittag der Stadtauswärtsverkehr. In den letzten Jahren wurde gemeinsam mit dem Land sehr viel umgesetzt, es wurden insgesamt sechs Koordinierungsabschnitte mit einem Kostenaufwand von 1,2 Millionen umgesetzt, ausständig sind noch drei Abschnitte mit

einem Kostenaufwand von 440.000 Euro, die im heurigen Jahr zur Umsetzung gelangen. Hier handelt es sich um Optimierung und Anpassungen an die jetzigen Verkehrssituationen und wird auch die dementsprechenden Verbesserungen mit sich bringen (*Applaus FPÖ*).

GR. **Haberler**, MBA: Die 40 Sekunden habe ich angenommen, weil man ja nicht immer 50 oder 90 Sekunden steht, weil man kommt ja auch hin zu einer Ampel, wenn sie rot ist, um das nicht zu dramatisieren, wieviel eigentlich wirklich da in der Luft liegt. Dieser Bericht war sehr nett, Sie haben eingangs gesagt, 2012, der ist in Auftrag gegeben worden unter unserer vorigen Verkehrsstadträtin, das sind alte Daten, das hat man früher gewusst. Aber was konkret passiert jetzt, dass man seit dem Zeitpunkt, wo du Stadtrat geworden bist, was hat sich da jetzt getan, weil ich habe einen Bus, der fährt die Wiener Straße, den Grabengürtel usw. der Schulbus in der Früh und der fährt am Tag jetzt zehn Minuten länger, das ist eine Hauptverkehrsroute, in der Früh ok, unternehmerisches Risiko, muss ich halt mehr Lohn zahlen an meine Mitarbeiter, macht nichts, aber die Frage ist, warum wird was angekündigt, da muss man eingestehen und sagen, ok, funktioniert nicht, lassen wir es bleiben (*Applaus ÖVP*).

StR. Mag. (FH) **Eustacchio**: Um es noch einmal zu sagen, die Grüne Welle ist ein Synonym für die Verflüssigung des Verkehrs. Die Frau Kollegin in der Zeit davor hat ja hier eher versucht, den Verkehr nicht flüssig zu halten im Glauben, dass der Individualverkehr dadurch abnimmt, das ist natürlich der völlig falsche Zugang. Wir haben, und das noch einmal zur Wiederholung, laufend die Ampelschaltungen optimiert, koordiniert, es funktioniert ja auch und wir haben beträchtliche Verbesserungen zusammengebracht. Ich darf nur daran erinnern, am

Schönaugürtel/Schönaustraße hinunter hat es einen Stau gegeben. Mit einer einfachen Maßnahme, mit einer zusätzlichen Grünabbiegeampel haben wir den gesamten Stau dort weggebracht. Wir sind laufend dran, dies zu optimieren und ich darf dich aus diesem Grund, weil ich glaube, dass du dich nicht wirklich genau in diese Materie eingelesen hast, einladen, einmal ins Straßenamt zu kommen, mit dem Herrn Dipl.-Ing. Gran die Dinge durchzugehen. Er kann dir auch die Simulationen zeigen, wie sich Dinge, wenn du eine Veränderung tätigst, dann auswirken und er wird dir auch daran beweisen, wie viel auch seit 2012 es an Verbesserungen in dieser Stadt gegeben hat und das ist ein Faktum (*Applaus FPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Vielen Dank, ich darf nur persönlich auch einmal empfehlen neben dem Besuch, zu dem du eingeladen hast, auch einmal umgekehrt ins Auto zu steigen und einmal zu versuchen, nach Puntigam zu kommen. Jede Ampel rot, egal mit welcher Geschwindigkeit, wenn ich so sagen darf, mit dem vorgeschriebenen Tempo auf alle Fälle rot, also wir sind momentan sehr, sehr weit weg aus meiner Sicht und ich habe mir nicht gedacht, dass ich einmal sagen werde, dass die Vorgängerin aus meiner Sicht für eine Grüne Welle gesorgt hat, es war der Verkehr flüssiger, als wir es jetzt haben. Also vielleicht auch einmal mit dem zu sprechen (*Applaus ÖVP und Grüne*).

9) ÖH-Kindergarten

GR. Mag. **Krotzer** stellt an StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch** folgende Frage:

GR. Mag. **Krotzer**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, hoher Gemeinderat, sehr geehrter Herr Stadtrat! Das städtische Grundstück in der Hochsteingasse 16, wo jetzt

der Kindergarten der Österreichischen HochschülerInnenschaft oben ist, soll ja an die Wirtschaftskammer Steiermark verkauft werden. Und es hat diesbezüglich auch schon einen Antrag gegeben vom grünen Klubobmann, dem Gerhard Wohlfahrt, in der Jänner-Sitzung, dass die Abteilung für Immobilien beauftragt wird, im Zuge der Verkaufsverhandlungen dafür zu sorgen, dass eben der Kindergarten die Möglichkeit hat, dass er hier auch das Gebäude, also es war der Termin, den ich aufgeschnappt habe der Herbst 2016, da weiß ich nicht, wie weit das noch aktuell ist, aber auf jeden Fall der Kindergarten weiter genutzt werden kann und meine

F r a g e

ist jetzt, wie da der Stand der Verhandlungen ist (*Applaus KPÖ*)?

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Herr Gemeinderat, der Stadtsenat hat in seiner Sitzung am 31. Oktober 2014 beschlossen, das zwischen der Stadt Graz und den Österreichischen Kinderfreunden, Landesorganisation Steiermark, geschlossene Vertragsverhältnis an der Liegenschaft Hochsteingasse 16 per 31.7.2015 aufzulösen. Von den Kinderfreunden wurde zu diesem Zeitpunkt ausdrücklich die Bestandsfreiheit des Areals zugesichert und erklärt, mit der Österreichischen Hochschülerschaft, zu dieser besteht ja kein Vertragsverhältnis von der Stadt Graz, direkt eine Einigung zu treffen. Die Hochschülerschaft betreibt den Kindergarten, der, wie gesagt, die Liegenschaft, auf dem dieser Kindergarten steht, ist eben verpachtet worden an die Österreichischen Kinderfreunde. Ziemlich kompliziert die Geschichte. Nach beiderseitiger Unterfertigung dieser Auflösungsvereinbarung hat die Abteilung für Immobilien mit den Verkaufsverhandlungen hinsichtlich der gegenständlichen Liegenschaft mit der Wirtschaftskammer Steiermark begonnen, die Interesse hat an diesem Grundstück. In der Zwischenzeit ist die ÖH mit dem Ersuchen an die Stadt Graz herangetreten, das

Kindergartengebäude bis Herbst 2016 weiterhin nutzen zu dürfen. Dieser Wunsch wurde auch noch mit Antrag, Sie haben es schon erwähnt, vom 22.1.2015 vom Gerhard Wohlfahrt, Klubobmann der Grünen, verstärkt. Die Abteilung für Immobilien wird selbstverständlich diesen Wunsch in die Verhandlung miteinfließen lassen und es werden die Verhandlungen bedingt durch die Wirtschaftskammerwahlen in den nächsten 14 Tagen fortgeführt werden. Dies wurde sowohl dem Anwalt der Kinderfreunde Steiermark als auch dem Anwalt der Österreichischen Hochschülerschaft bekanntgegeben. Herauszulesen aus dieser Stellungnahme ist eben, dass die Verhandlungen mit der Wirtschaftskammer nicht, also noch nicht abgeschlossen sind und deshalb auch dort sich an der Situation nichts ändern soll, sondern erst dann, wenn es hier zu einem Vertragsabschluss kommt, eben auch die Frage, wie lange die derzeitige Kinderbetreuungseinrichtung, der derzeitige Kindergarten dann noch betrieben wird.

GR. Mag. **Krotzer**: Dankesehr.

10) Wohnbau

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Bauer** stellt an StR.ⁱⁿ **Kahr** folgende Frage:

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Bauer**: Werter Gemeinderat, werte Stadtsenatsmitglieder! Ich möchte heute ein Frage an die Stadträtin Kahr richten und zwar Anlass war eine Presseaussendung in der vorigen Woche, nämlich genau vor einer Woche am Donnerstag, wo Wirtschaftsminister Mitterlehner mitgeteilt hat, dass er über die Bundesimmobiliengesellschaft (BIG) beziehungsweise über die Konzerntochter ARE ein Investitionsprogramm im Ausmaß von zwei Milliarden Euro tätigen will. Damit sollen

unter anderem auch 6.000 Mietwohnungen beziehungsweise 4.000 Eigentumswohnungen gebaut werden. Im Zuge der Durchsicht der Presseaussendung habe ich dann gesehen, wo das stattfinden soll und als Zielsegment für die Investitionen ist in erster Linie großvolumiger Wohnbau in den Ballungszentren Wien, Linz oder Graz geplant. Und mitbegründet ist das, und das ist ein Wortzitat, das ist kein Fehler meinerseits, sondern es ist aus der Presseaussendung abgeschrieben: „Ein großer Teil der Ankäufe soll aufgrund der hohen Nachfrage im Bereich ‚leistbares Wohnen‘ erfolgen.“

Diese Presseaussendung mit der Ankündigung und mit der Bedingung, was gemacht werden soll, möchte ich zum Anlass nehmen, die Wohnungsstadträtin zu fragen, mit welchem Umfang beziehungsweise mit welchen Mieten und Preisen ist durch dieses Programm in Graz zu rechnen (*Applaus SPÖ*)?

StR.ⁱⁿ **Kahr**: Sehr geehrte Gemeinderätin, liebe Susanne! Auch ich habe den Artikel gelesen am 19.2.2015, gibt ja immer wieder viele Artikel in Medien über leistbares Wohnen. Auf jeden Fall steht da drinnen, dass sie 4.000 frei finanzierte Eigentumswohnungen planen, wie du auch selber anführst und frei finanzierte Mietwohnungen geplant sind, also wenn du mich jetzt fragst, was die ARE, die Austrian Real Estate, künftighin in Graz vorhat, da bin ich mir nicht einmal sicher, ob die ARE das selbst jetzt schon weiß, also geschweige denn also auch was die Mietpreisgestaltung betrifft. Schreiben tun sie konkret, und ich zitiere das auch noch, was die betreffenden Leute da sagen: „Dem geförderten Wohnbau will man damit keine Konkurrenz machen“, betonte Weiß, „wir sollen damit ganz klar das mittlere Preissegment besetzen. Mieten um die 10 Euro je Quadratmeter sollen am Schluss herauskommen.“ Wobei man da auch nicht genau herauslesen kann, handelt es sich da um Nettomieten oder Bruttomieten, aber ich gehe jetzt einmal davon aus, dass es Bruttomieten sind, das wären bei 60 Quadratmeter zirka 600 Euro, also trifft es, wenn deine Frage so

gemeint wäre, ob das eventuell künftighin, vorausgesetzt, die gehen überhaupt diesen Weg, was man ja noch gar nicht weiß, ob die Grundstücke, welche Grundstücke haben sie in Graz, haben sie eigene, müssen sie welche ankaufen, ist es sicherlich nicht als Konkurrenz jetzt für Gemeindewohnungen zu sehen. Es wird, wenn man dem so folgen darf, die mittlere Einkommensgruppen und Einkommensbezieher ansprechen und zu dem Urteil kommt auch der Arbeiterkammerrat Kaske, Präsident, zu dem Artikel, wo er selber sagt, dass er Zweifel an der Leistbarkeit dieser Wohnungen hat. Aber ich sehe das jetzt einmal als Information, ich denke, wenn die in Graz tätig werden, sich durchaus auch bei uns melden werden, wenn nicht, werde ich mich bei ihnen selber melden (*Applaus KPÖ*).

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Bauer:** Herr Bürgermeister, eine Zusatzfrage und eine Einleitungsfeststellung, damit ich dann die Frage stellen kann. Ich habe die Frage natürlich deswegen gestellt, damit ich nicht eine Antwort kriege, was eh schon in der Zeitung steht, das habe ich selber gelesen. Ich habe mir gedacht, im Amt beziehungsweise du als zuständige Stadträtin weißt schon etwas mehr oder hast schon Kontakt aufgenommen, weil wenn Programme umgesetzt werden, muss man ja auch politisch aktiv werden und das hätte ich mir jetzt gewünscht. Aber ich möchte jetzt die Zusatzfrage und die Möglichkeit der Zusatzfrage nutzen, um zu fragen, auch wenn du es nicht beantworten kannst, kein Problem, dann würde ich mich über eine schriftliche Beantwortung freuen. Die Zusatzfrage ist nämlich diejenige, wir wissen in Graz nicht oder ich jedenfalls nicht, wie viele Wohnungen sind derzeit im Bau beziehungsweise wie viele Bauverfahren laufen nach Wohnbauträgern und Eigentumsverhältnissen. Sind es Mietwohnungen und Eigentumswohnungen? Das wäre einmal eine wichtige Feststellung, damit wir ungefähr einmal wissen, was passiert in unserer Stadt und du bist Wohnungsstadträtin und Baustadträtin und diese Frage

möchte ich jetzt an dich richten. Ich hätte gerne alle Zahlen einmal dazu, was läuft in der Stadt.

StR.ⁱⁿ **Kahr**: Ich werde dir alles gerne zusammentragen, was ich an Informationen bekomme. Noch einmal, ich bin davon überzeugt, dass die ARE und der Herr Weiß selbst noch nicht wissen, wie das in Graz ausschauen wird, weil sonst hätte er sich ja da schon konkreter äußern können, habe auch schon angekündigt, dass ich das nachfragen kann, wenn du das wünschst. Ansonsten bin ich die Wohnungsstadträtin in erster Linie für den sozialen Wohnbau und da ist in dieser Periode, wie du weißt, das ja immerhin eure Partei mitunterstützt hat, dass wir Grundstücke für 500 neue Gemeindewohnungen bauen und das, denke ich, ist ein vorrangiges Ziel, das auch eure Fraktion in dem Haus mitunterstützen sollte (*Applaus KPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Frau Gemeinderätin, nicht verzagen, Bürgermeister fragen. Vielleicht einmal als Gesamtinformation, was denn die Bundesimmobiliengesellschaft in Graz macht und was sie auch in Zukunft vorhat, da kann ich ein bisschen Antwort geben, ist nicht uninteressant. Die Bundesimmobiliengesellschaft hat ja, wenn ich die letzten zwei Jahrzehnte Revue passieren lasse, in erster Linie dafür gesorgt, dass sich die Landeshauptstadt Graz zu einem enormen Universitäts-, Wissenschafts- und Bildungsstandort entwickelt hat. Unter anderem nicht nur durch den Ausbau der höheren Mittelschulen, sondern im Besonderen durch den Ausbau unserer Universitäten. Rund eine Milliarde Euro werden in Summe in zwei Jahrzehnten von der Bundesimmobiliengesellschaft und damit auch vom Bundesministerium oder von der Regierung nach Graz geflossen sein. Allein jetzt haben wir rund 350 Millionen Euro, die gerade abgewickelt werden mit der Medizinischen Universität und ich brauche ein Chemiegebäude und viele andere Projekte in Graz, an die sich viele wahrscheinlich da

herinnen gar nicht erinnern. Die Bundesimmobiliengesellschaft hat aber vor einiger Zeit eine Tochter gegründet und diese Tochter ist diese Real Estate Austria und diese Real Estate Austria beabsichtigt auch in Graz neben ein paar Bauten, die wir schon errichtet haben, vor allem auch im Geidorfviertel, das sind frei finanzierte Wohnungen, ist ganz wichtig und jetzt gibt es eine Förderüberlegung des Bundes und mit dieser Förderüberlegung des Bundes haben wir selbstverständlich mit der Bundesimmobiliengesellschaft die Gespräche schon aufgenommen, weil wir gesagt haben, könnte da das eine oder andere Projekte auch in Graz verwirklicht werden? Dazu müsste die Bundesimmobiliengesellschaft auch wieder darüber nachdenken, welche Grundstücke sie in Graz hat und welche sie für beide Bereiche wieder brauchen wird und da ist angekündigt und das darf ich gleich da sagen, dass es einen Termin geben wird zwischen den Planungsämtern und dem Herrn Dipl.-Ing. Weiss, er wird kommen und wir werden so etwas wie einen Projekttag in Graz mit der Bundesimmobiliengesellschaft abhalten, weil es jetzt darum geht, auch für die höheren Schulen, sprich für die Gymnasien, Vorsorge zu treffen. Wir verhandeln ganz konkret auch darum, wenn Reininghaus verwirklicht wird und SmartCity da ist, dass die Bundesimmobiliengesellschaft mit uns einen neuen Schulstandort plant, auch in Reininghaus, das ist ein Projekt. Das zweite sind diese Wohnungen, aber die werden uns nicht aus der Verpflichtung entlassen, im sozialen Wohnbau die vollsten Anstrengungen zu tun, weil so billig wie wir die Wohnungen anbieten, wird das auch...

Zwischenruf StR.ⁱⁿ Kahr unverständlich.

Bgm. Mag. **Nagl**: Nein, ich sage eben, da ist noch viel da. Ich glaube, dass es niemals so günstige Wohnungen sein werden, aber auch eine Mittelschicht, die immer mehr in

Bedrängnis kommt, wird unter Umständen dann Gelegenheit haben, diese Wohnungen auch zu mieten und ich möchte vielleicht eine Zahl hier erwähnen, weil wir dürfen durchaus stolz darauf sein, gemeinsam mit unserer Verwaltung seit dem Jahr 2005, seit dem 1.1.2005 bis zum 21.12.2014 wurden in der Landeshauptstadt Graz fast 21.000 neue Wohnungen errichtet, 21.000 neue Wohnungen in einem Jahrzehnt ist durchaus mehr als herzeigbar und ich möchte mir gar nicht ausdenken, wären wir nicht so intensiv im Baugeschehen gewesen, wo wir heute mit den Wohnungsmietpreisen wären, weil dann hätten wir eine noch viel stärkere Wohnungsknappheit, als wir sie zur Zeit haben. Aber mit der BIG einen Planungsnachmittag, wir wollen sie bitten, darüber nachzudenken, wird erst ausgemacht, also ich hätte heute wieder schon telefonieren sollen, wir hoffen, dass wir diesen Planungsnachmittag bald haben. Ist ein bisschen jetzt auch in der letzten Woche von meiner Seite aus gescheitert, aber ich hoffe, dass wir den bald haben. Schulbauten, vor allem die Gymnasien, wir wissen, dass die Krabbelstuben, die Kindergärten und jetzt gerade unser Schulausbauprogramm notwendig sind, weil mehr Kinder da sind und ich glaube, das wird ein paar Jahre später, nämlich in fünf bis sechs Jahren, auf die Mittelschulen Auswirkungen haben. Deswegen müssen sie ausbauen und das schauen wir uns genauer an und da werden wir auch dieses Wohnbauprogramm mitdiskutieren (*Applaus ÖVP*).

GR. Mag. **Sippel**: Also, Herr Bürgermeister, es ist schon auffällig, wir wären die nächsten in der Fragestunde, Sie halten da Vorträge, erzählen uns über Autofahrten nach Puntigam etc. Also es wäre schon angebracht, nachdem das als Nächstes an der Reihe ist, eine für uns wichtige Frage, dass man die noch behandeln, weil die fünf Minuten, die wir jetzt drüber sind, die haben Sie eigentlich in Anspruch genommen. Ich bitte darum (*Applaus FPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Wir waren schon fünf Minuten drüber, Herr Gemeinderat, es war 13.10 Uhr, als ich meine Feststellungen noch einmal begonnen habe, wie der Herr Polz auch berichten kann und das kann man protokollarisch auch gerne einsehen. Die Feststellung, ich sage jetzt noch einmal, einmal zum Flughafen zu fahren, wünsche ich jedem morgens, frühmorgens, abends, tagsüber, es gibt einfach diese Grüne Welle nicht, die versprochen wurde und das war die Anfrage meines Klubs und damit seid ihr nicht einverstanden. Aber es war ein Versprechen, das nicht gehalten wurde. Die übrigen Fragen, wir haben in Summe 16 Fragen, die nicht beantwortet wurden, werden schriftlich beantwortet werden.